



Haushaltsrede 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2020 ist der letzte, der in der derzeitigen Wahlperiode verabschiedet wird. Es ist die Gelegenheit, einen Rückblick vorzunehmen.

Im ersten Haushaltsplan, den der derzeitige Gemeinderat verabschiedet hat, betrugen die Erträge im Ergebnisplan 18,9 Millionen Euro und der Aufwand 20,1 Millionen Euro.

Man ging von einem negativen Ergebnissaldo von 1,2 Millionen Euro aus. Wir alle wissen, dass das Jahresendergebnis einen positiven Saldo von ca. 650.000 Euro ergab.

Auszahlungen für Investitionen waren im Umfang von 3,9 Millionen geplant, wobei 1,5 Millionen Euro nicht durch Einzahlungen gedeckt waren. Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Jahres 2016 waren mit 1,6 Millionen Euro veranschlagt.

Jetzt, 5 Jahre später, liegen unsere Ansätze 25% höher, eine stolze Steigerungsrate, die die Inflationsrate deutlich übersteigt. Unsere geplanten Investitionen sind mit 12,6 Millionen Euro geplant, von denen 3,8 Millionen durch Einzahlungen gedeckt sind. Wir haben also einen negativen Saldo von 8,8 Millionen Euro - also fast dem 6-fachen des Ansatzes 2015.

Dies geht nicht ohne den Griff in die Rücklagen, unsere Liquidität sinkt von (Stand heute) 10 Millionen Euro bis zum Ende des Jahres auf ca. 500.000 Euro und verändert sich bis Ende übernächsten Jahres auf -10.000.000 Euro.

Dies bedeutet eine Kehrtwende der bisherigen Haushaltsführung, die wir so nicht mittragen können. Seit Einführung des NKF's lagen unsere liquiden Mittel im positiven Bereich, eine Aufnahme neuer Schulden war nie nötig und der Schuldenabbau wurde konsequent verfolgt.

Auch wenn nun notwendige Investitionen – von denen auch schon einige auf den Weg gebracht wurden – erforderlich sind, ist eine Umkehr unserer bisherigen soliden Finanzplanung nicht angesagt.

Die hohen Investitionen belasten nicht nur unsere Liquidität, sie belasten auch in einem höheren Maße zukünftige Haushalte, da nicht genügend Investitionspauschalen gegengerechnet werden können.

Auch wenn das Geld zurzeit verlockend billig angeboten wird – man muss es zurückzahlen.

Ein weiterer Punkt sind die Verpflichtungsermächtigungen für 2021. Im Haushalt 2015 betrugen diese 1,6 Millionen Euro, hauptsächlich für Investitionen im Wasser- bzw. Abwasserbereich, nun sind es ca. 14.000.000 Euro.

Wir gehen also heute Verpflichtungen gegenüber dem kommenden neu zu wählenden Rat ein und schränken dessen Handlungsfähigkeit ein. Gleichwohl erkennen wir an, dass bereits gefallene Entscheidungen einen Finanzbedarf auslösen, der bereitgestellt werden muss, als Beispiel seien die Umbauten an den Feuerwehrgerätehäusern genannt.

Andere Planungen wie die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt in Osterwick und Holtwick bedürfen der aktiven Mitarbeit der betroffenen Anwohner, da sie auch einen Teil der Kosten tragen müssen. Die Verwaltung ist aufgefordert, frühzeitig die Einwohner bei der Planung zu beteiligen und zu informieren.

Leider werden die weiteren Planungen durch die Landesregierung erschwert. Bis heute ist nicht geklärt, wie die Kostenbeteiligung der Anwohner umgesetzt werden soll und solange nicht klar ist, welche Kosten auf die Anlieger zukommen, kann eine konkrete Planung nicht in Auftrag gegeben werden.

Auch weitere Projekte wie z.B. der Neubau der Turnhalle in Holtwick, können nur gemeinsam und rechtzeitig mit allen Beteiligten in Angriff genommen werden. Das Knowhow aller Beteiligten kann so in die Grundzüge der Planung aufgenommen werden. Die Bildung einer Vorbereitungsgruppe zur Umgestaltung der Feuerwehrgerätehäuser ist hierfür ein gutes Beispiel.

Rückblick Nr.2

Am 3. Februar 2007 lautete die Titelzeile einer großen deutschen Boulevardzeitung „Schockierender Weltklimabericht: Unser Planet stirbt“ und am Freitag dem 23. Februar 2007 „Geheimer Klimabericht. Wir haben nur noch 13 Jahre, um die Erde zu retten!“

Die 13 Jahre sind fast auf den Tag genau vorbei, die Zeit also abgelaufen. Was ist von der Aussage zu halten? Ist die Erde noch zu retten? Was haben die Verantwortlichen unternommen?

Nehmen wir einfach einen Taschenrechner und Zahlenmaterial des Bundesumweltamtes. Wie uns allen bekannt sein dürfte, ist die Energiewende der Beitrag Deutschlands zum Klimaschutz, zu dem sich 196 Staaten in der Klimakonvention der Vereinten Nationen verpflichtet haben. 2050, so das Ziel, soll

Deutschland weitgehend treibhausgasneutral wirtschaften. Erreicht zumindest Deutschland sein selbstgestecktes Ziel?

2017 betrug der Energieverbrauch in Deutschland rund 2.400 TWh (520 TWh Strom, fossile Brennstoffe 1779 TWh und 115 TWh Fernwärme).

Geht man davon aus, dass bis 2050 ca. 1/3 der Energie durch effizientere Techniken eingespart werden können, bleiben immer noch ca. 1600 TWh übrig, die durch erneuerbare Energien gedeckt werden müssen.

Das bedeutet, dass ca. 183 GW Leistung durch Sonnen- und Windenergie aufzubringen sind. Teilt man diese notwendige Stromerzeugung hälftig auf – also 50% durch Photovoltaik und 50% durch Windenergie, so benötigen wir ca. 92 GW Leistung durch Windräder.

2017 lieferten die Windräder in Deutschland ca. 21,6% ihrer theoretischen Leistungsfähigkeit. Also ist eine Nennleistung von 423 GW erforderlich, um die benötigte Energie bereitzustellen. Dies entspricht ca. 100.000 Windrädern der zurzeit üblichen Anlagen von 4,2 MW.

Bei einem derzeitigen Stand von etwa 28.000 Anlagen mit einer Nennleistung von 55 GW müssten wir also ab sofort jedes Jahr ca. 5.800 Anlagen mit 24,6 GW bauen (eine 20 jährige Laufzeit unterstellt).

Zum Vergleich, im Jahr 2018 wurden in Deutschland Windkraftanlagen mit einer Kapazität von 3,7 GW neu installiert.

Würde man alle Windräder in einem Windpark zusammenfassen, ergäbe sich ein Flächenbedarf von (Abstand 5-facher Rotordurchmesser) 50.000 km², was in etwa genau der Fläche Niedersachsens entspricht.

Wir könnten im Folgenden auch die Fläche ausrechnen, die benötigt wird, um die anderen 50% Prozent der benötigten Energie durch Photovoltaikanlagen zu erzeugen. Wir könnten angeben, welche Größenordnung die Zwischenspeicher benötigen, um bei sogenannten Dunkelflauten durch Batterien oder Gasspeicher (Stichwort Elektrolyse von Wasserstoff, bzw. Umwandlung zu Methan) gewappnet zu sein. Das würde aber hier zu weit führen.

In der Publikation „Treibhausgasneutrales Deutschland 2050“ des Bundesumweltamtes geht man davon aus, dass die Bevölkerung 2050 etwas abgenommen hat, die Menschen den gleichen Lebensstil pflegen und das gleiche Konsumverhalten haben. Man will keine Kernkraft nutzen und Biomasse nur in dem Maß, wie sie als landwirtschaftliches Abfallprodukt anfällt. Dass ein solches Szenario auf Zustimmung stößt, ist verständlich. Wir leben weiter wie bisher. Die Technik löst die Probleme. Man rechnet außerdem mit einem jährlichen Energiebedarf von 3.000 TWh, also fast dem Doppelten dessen, was ich bisher skizziert habe.

Welche Lösung sehen die Verantwortlichen für eine ausreichende und durchgängig sichere Stromversorgung?

Die Antwort ist ernüchternd: Sie haben keine!!

Da heißt es ...“gehen wir davon aus, dass ein größerer Teil des in Deutschland benötigten Stromes im Ausland erzeugt würde..... Eine dem heutigen Stand vergleichbare Importquote scheint realistisch...

Diese Importquote lag bei Veröffentlichung der Studie bei 75%.

Unsere Nachbarländer sollen also zusätzlich nach ihrer eigenen Umstellung auf klimaverträgliche Stromerzeugung noch weitere ca. 150.000 Windräder und 18.000 km² Solaranlagen in ihren Ländern aufstellen.

Das ist die Logik des politisch Agierenden. Dass viele Jugendliche gegen diese Politik auf die Straße gehen, ist nur verständlich.

Was heißt das nun für Rosendahl? Sollen wir auch den Kopf in den Sand stecken und darauf warten, dass mögliche bahnbrechende Erfindungen und Entwicklungen uns aus der Misere helfen?

Ein klares NEIN – das wäre nicht nur unverantwortlich, sondern käme einer Kapitulation gleich.

Verwaltung und Politik haben sich in Rosendahl in den letzten 15 Jahren für den Ausbau der Windenergie stark gemacht. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Windkraft im Flächennutzungsplan verankern. Die Verankerung unserer Ausbaupläne im Flächennutzungsplan wird aber derzeit durch Bundes- und Landespolitik verhindert. Der Rat der Gemeinde Rosendahls hat die Verwaltung beauftragt, automatisch das gemeindliche Einvernehmen für den Bau von Windanlagen zu geben, sofern diese in den geplanten Windfeldern liegen. Nicht ohne Grund ist Rosendahl im Kreis Coesfeld führend bei der regenerativen Energieerzeugung. Ebenso sind bei geplanten Neu- und Umbauten (Stichwort: Feuerwehrgerätehäuser) Photovoltaikanlagen vorgesehen.

Ein ganz wesentlicher Punkt einer vernünftigen Klimapolitik ist aber der Bereich der Energieeinsparung. Jede kWh, die ich einspare, entlastet die Produktion und die Leitungsnetze. Hierzu liegt Ihnen unser Antrag vor, die komplette Straßenbeleuchtung in Rosendahl auf LED-Technik umzustellen, ein wie wir finden ehrgeiziges, vernünftiges und realisierbares Vorhaben.

WIR hoffen, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch diesen Weg mit uns gemeinsam gehen, um zumindest in Rosendahl dem Klimaziel 2050 näherzukommen.

Die Verwaltung braucht einen verabschiedeten Haushalt, um handlungsfähig zu sein, die Wählerinitiative wird den Haushalt für 2020 trotz der geäußerten Bedenken in diesem Jahr mittragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion der Wählerinitiative Rosendahl – Hartwig Mensing